

WS 42
Gestalten des Nichtpolitischen

01.10.2019, Teil 1: 16:00-17:30 Uhr / Teil 2: 18:00-19:30 Uhr, Raum D201

Organisiert von / organized by:

Mirco Göpfert (Goethe-Universität Frankfurt/Main)

Ziel dieses Workshops ist die Erkundung des Nichtpolitischen als Modus der Aushandlungsnegation. Damit ist nicht das völlig Jenseitige des Politischen gemeint, sondern vielmehr die Ränder und Randfiguren des Politischen: Personen, Praktiken, Räume und Zeiten des gerade-noch-nicht oder gerade-nicht-mehr Politischen. So soll es beispielsweise um Personen und Gruppen gehen, die sich ostentativ der Sphäre der konfrontativen Aushandlungen verweigern, sich leise aus ihr zurück ziehen oder gewaltsam aus ihr verstoßen werden; um Praktiken, deren politische Amplitude gerade zwischen stummer Apathie und schreiender Agitation liegt; und um Orte und Momente, an denen eine kollektive Verabredung zum Nichtpolitisch-Sein und zum Nicht-Aushandeln getroffen wird, insbesondere in augenscheinlich hochpolitisierten Kontexten.

Mit Augenmerk auf diese und andere 'Gestalten des Nichtpolitischen' soll das politikbezogene Umfeld des Politischen in den Fokus rücken, also jene Sphäre, wo etwa Kunst, Bürokratie oder Religion zwar jenseits des Politischen und dennoch in konstitutiver Relation zu ihm stehen. Dies ermöglicht nicht nur eine kontextsensible Schärfung des Blicks auf die Konturen und Operationen des Politischen, sondern eröffnet auch analytische wie empirische Herausforderungen für eine gegenwartsbezogene Anthropologie des Politischen.

Vortragende Teil 1 / Speakers part 1:

Timo Duile (Universität Bonn)

Atheismus und das Nichtpolitische in Indonesien

Der indonesische Staat basiert auf dem Glauben an einen All-Einen Gott (Ketuhanan yang Maha Esa) als Staatsfundamentalnorm, die interreligiöse Harmonie zwischen den staatlich anerkannten Religionen erhalten soll. Vor allem im Zuge einer „konservativen Wende“ (van Bruinessen 2013) verschärft sich der Druck auf viele Menschen, religiös fundierter Symboliken und Handlungen zu reproduzieren, nicht zuletzt auch im Politischen. Atheismus als gesellschaftliche Überzeugung, die in der politischen Sphäre Wege zu einer säkularen Verfasstheit von gesellschaftlicher Ordnung aufzeigen könnte, ist damit aus dem Bereich der politischen Aushandlungsprozesse praktisch verbannt. Dennoch gibt es Atheist*innen, die versuchen in die Sphäre des Politischen vorzudringen. Der Beitrag untersucht, wie Atheismus in Indonesien als ein konstitutives Außen des Politischen konstruiert wird. Er gibt sodann einen Überblick über die Situationen dieser aus dem Politischen verstoßenen atheistischen Identitäten und geht der Frage nach, wie atheistische Indonesier*innen sich dem Politischen entweder bewusst entziehen oder Strategien entwickeln um doch in das Politische einzutreten.

Pia Maier (LMU München/Universität Konstanz)

Nichtpolitisches Nichtwissen in der Trauma-Arbeit

NGOs und Journalisten sind bemüht, das weltweite Leid mit dem Schlagwort „Trauma“ in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken und verweisen dabei auf die Diagnosekriterien in der psychiatrischen Klassifikation, die stets erweitert werden. Andere, vermeintlich weniger

politisch motivierte Organisationen, berufen sich in einer noch akribischeren Weise auf diese Festschreibungen und fordern eine ausdrückliche Trennung und Hierarchisierung dessen, was gegenwärtig in Form von Symptomen beobachtet werden kann und der erlebten Vergangenheit. Im Zuge dessen praktizieren sie eine Form des Awareness-Raisings, das gleichzeitig zum Nichtwissen aufruft; genauer gesagt, ein Appell, politisierte Geschichte auszuklammern und intime Beobachtungen an Körper und Geist zu imaginieren und zu artikulieren, wenn nicht sogar explizit zu verschweigen und in zurückgezogenem Modus zu verhandeln. Der Vortrag geht der Frage nach, wie durch diese von „Trauma-Ingenieuren“ ‚empfohlenen‘ Verschiebungen zu einem nichtpolitischen Nichtwissen neue Möglichkeitsformen über Leid in und außerhalb der Trauma-Arbeit nachzudenken und zu sprechen eröffnet, aber auch, wenn bereits erkämpft, wieder versperrt werden.

Pascale Schild (Universität Bern)

Zivilität als nichtpolitische Friedenspolitik im Kaschmir-Konflikt

Am Beispiel transnationaler ziviler Friedensinitiativen in der zwischen Pakistan und Indien umstrittenen und geteilten Kaschmirregion erfrage ich in diesem Beitrag Ausprägungen nichtpolitischer Politik und zeige, wie das ambivalente Konzept der „Zivilität“ (civility) – as a range of practices and norms aimed at promoting restraint and respect in the face of difference“ (Thiranagama et al. 2018: 156) – theoretische Überlegungen zum Nichtpolitischen“ erweitert. Die Friedensinitiativen fördern grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen pakistanischen und indischen Kaschmiris und sind bestrebt, eine als friedlich, respektvoll und nichtpolitisch vorgestellte Zivilgesellschaft in die Lösung des Kaschmirkonflikts einzubeziehen, bei dem beteiligte staatliche und nicht-staatliche Gruppen häufig gewaltbereit sind. Weil sich diese Initiativen von politischem Aktivismus und Lösungen wie der Unabhängigkeit Kaschmirs fernzuhalten versuchen, geraten sie auch ins Kreuzfeuer der politischen Gewalt und Konflikte in und um Kaschmir. Mit ihren Grenzziehungen rund um Politik, Frieden und Zivilgesellschaft, sind sie aber auch selbst an Prozessen beteiligt, die Ungleichheiten und Konflikte auslösen.

Vortragende Teil 2 / Speakers part 2:

Judit Tavakoli (Goethe-Universität Frankfurt/Main)

Nichtpolitisch-Sein im Kontext des Westsaharakonfliktes

Die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ist ein quasi-Staat im algerischen Exil, gegründet durch die saharauische Unabhängigkeitsbewegung Frente POLISARIO in 1976. Ihre Bürger sind saharauische Flüchtling, die vor der Besetzung der Westsahara flohen. Die Polisario fordert einen Volksentscheid, um über die Zukunft des Gebietes bestimmen zu können.

„Nichtpolitisch-Sein“ im Kontext des Westsaharakonfliktes wird in unterschiedlicher Form problematisiert und strategisch genutzt. Die territoriale Integrität Marokkos wird im Königreich als ein höchst sensibles Thema behandelt, wobei Gegenstimmen zensiert werden. Der Kampf um die Unabhängigkeit der Westsahara wird in den saharauischen Flüchtlingslagern wiederum seit ihrer Entstehung als das zentrale politische Ziel der Flüchtlingsgesellschaft artikuliert. Im Vortrag wird behandelt wie „Nichtpolitisch-Sein“ im Hinblick auf die territoriale Frage der Westsahara ausgehandelt wird und wie Verhaltensformen und Aussagen interpretiert und mit Bedeutung beladen werden. Dabei werden Aushandlungsformen und Implikationen sowohl im Alltag, als auch auf der Ebene der Konfliktparteien und internationaler Organisation betrachtet

Katrin Kremmel (Universität Wien)

Nichtpolitisch auf dem Lande?

Aushandlungsprozesse rund um ein Manifest und ‚Gemeindeasyl‘ in Vorarlberg

Im Jahr 2015 zog eine BürgerInneninitiative in einer Vorarlberger Gemeinde durch die Veröffentlichung eines ‚Manifests‘ und die darin verkündete Erfindung des ‚Gemeindeasyls‘ die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, um zwei Männer vor der Abschiebung zu schützen. Dieses Papier beschäftigt sich mit der Zeit nach dem Erscheinen des Manifests: Konfrontiert mit Widerstand in der Gemeinde zog sich die Bürgermeisterin, bis dahin eine zentrale Figur der Initiative, bewusst aus der Öffentlichkeit zurück. Was ermöglichte dieser Rückzug?

Meine Darstellung der Geschehnisse zeigt die verschwimmenden Grenzen zwischen Recht und Politik in den Strategien der Initiative auf, die sich rechtlicher Regelungen bediente, um ihre Absichten zu verfolgen. Somit beleuchtet mein Beitrag den wenig sichtbaren Teil einer Geschichte, die sich an einem jener Orte zutrug, die von Diskussionen über Migration und Bürgerschaft oft übersehen werden, da sich diese auf städtische Räume als Räume des Politischen per se konzentrieren. Aushandlungen und Aushandlungsumgehungen sind jedoch auch in ländlichen Regionen präsent, die oft als nicht-politisch abgetan werden, jedoch dringend in den Blick genommen werden müssen.

Pablo Holwitt (Universität Münster)

“We talk law, not politics” –

Judikalisierung und Depolitisierung des Kampfes um Wohnraum in Mumbai

Dieser Beitrag diskutiert die Schaffung von Räumen des Nichtpolitischen und dessen Konsequenzen für Handlungsspielräume von Bewohnern im Kontext von Wohnraumaktivismus im urbanen Indien. Aktivistengruppen in Mumbai propagieren rechtliche Expertise und Gerichtsverfahren als Mittel zum Widerstand gegen die Vertreibung von Bewohnern aus dem Stadtzentrum im Zuge von Prozessen der Stadterneuerung. Einhergehend mit dieser Strategie verurteilen sie außergerichtliche Formen der Streitbeilegung als Form von Korruption. Diese Haltung ähnelt Prozessen der Judikalisierung in diversen postkolonialen Regionen und Ländern des globalen Südens und führt zu höchst unterschiedlichen Resultaten. Während die Vermittlung von rechtlicher Expertise marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine Stimme verleiht, schränkt die strenge Verurteilung eines diskursiv geschaffenen Raums des ‚Politischen‘ gleichzeitig Handlungsspielräume ein, zumal das Legale und das Legitime für viele Klienten keinesfalls deckungsgleiche Bereiche sind. Anhand der Arbeit einer Gruppe von Gesetzesaktivisten in Mumbai analysiert der Beitrag die ambivalenten Konsequenzen der Schaffung nichtpolitischer Räume in umkämpften sozialen Kontexten.

Viola König (FU Berlin)

Der Eklat der DGV-Tagung in Göttingen 1969 und die Folgen:

50 Jahre nicht(?)-politische Ethnologie?

Vor 50 Jahren kam es auf der Göttinger DGV-Tagung 1969 zum Eklat zwischen Professoren und Studierenden. Etablierte Fachvertreter verließen infolge die Gesellschaft. Retrospektive Darstellungen wie die von Braukämper 2002 („Trauma einer Ethnologen-Generation?“) oder Kramer 2016 („Abschied von der Nachkriegsethnologie“) sind nur zwei Varianten einer „recht kontrovers erinnerten Tagung“ (Lentz 2013). Gleichzeitig erfolgte ab 1969 eine Entfremdung von Museums- und Universitätsethnologie. KuratorInnen an Museen galten als WissenschaftlerInnen zweiter Klasse. Was als Gang durch die Institutionen explizit politisch begonnen hatte schien Jahrzehnte lang als nicht explizit formuliertes aber praktiziertes Nicht-politisch-Sein. Mit dem

Umzug der Ausstellungen des Ethnologischen Museums in das Humboldt Forum im Zentrum Berlins wurde jedoch der hochpolitische Kontext des Faches unübersehbar. Während Museums- und UniversitätsethnologInnen sich wieder einander annäherten, beklagten HistorikerInnen öffentlich die angebliche Amnesie der in Untätigkeit verharrenden MuseumsethnologInnen. Ein Beitrag zur Retrospektive und Anregung der Diskussion aktueller (un)politischer Haltungen.

Discussant: Mario Krämer (Universität Siegen)

Mario Krämer forscht zu Fragen der politischen Ethnologie und interessiert sich insbesondere für die Zusammenhänge von intermediärer Herrschaft und Demokratie sowie von Gewalt und sozialer Ordnung. Sein neues Forschungsprojekt befasst sich mit der Ethnologie der "konservativen Anderen".